

NN/19.05.17jk

Von „Punktnüchternheit“ und gefährlichen Kräutern

Auf einem Symposium wird Kritik an Bayerns Drogenpolitik laut — Modellprojekt in Nürnberg gegen steigende Zahl von Todesopfern

VON MICHAEL KASPEROWITSCH

Bayern ist wieder mal unrühmlicher Spitzenreiter. Von den bundesweit 1333 Drogentoten im vergangenen Jahr — das ist ein Plus von neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr — starben 321 allein im Freistaat. Besonders stark stieg die Zahl der Toten im Zusammenhang mit dem Konsum von sogenannten Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS). Der Bayerische Bezirktag beschäftigte sich auf einem Symposium kritisch mit der staatlichen Drogenpolitik.

MÜNCHEN — Bei der großen legalen Volksdroge Nikotin ist man nach Meinung der Experten einen großen Schritt vorangekommen. Rauchen gilt ihrer Erfahrung nach längst als out. Bei der anderen weit verbreiteten Droge Alkohol sehe es anders aus: Die sei bei Suchtfragen weiter Thema Nummer eins, zumal bei jungen Leuten (dazu Beitrag unten auf dieser Seite).

Der CSU-Landtagsabgeordnete Bernhard Seidenath (CSU) bittet da im „Bier- und Weinland Bayern“ mit Kampagnen trotzdem um Zurückhaltung: „Diese Getränke gehören einfach mit zur bayerischen Lebensart.“ Das höchste der politischen Gefühle ist für den aus Erlangen stammende Politiker das fein formulierte Ziel der „Punktnüchternheit“.

Seidenath versteht unter diesem hübschen Fachbegriff das Werben um weitgehende Alkoholabstinenz etwa bei einer Schwangerschaft, am Arbeitsplatz und am Steuer. Und in diesen Bereichen habe die Staatsregierung viel getan.

Eine starke Lobby

Seine parlamentarische Kollegin Kathrin Sonnenholzner (SPD), Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Landtag — der CSU-Mann ist dort ihr Stellvertreter —, erzählt in München, wie schwierig selbst das mit der Punktnüchternheit ist. „Da gibt es eine starke Lobby“, sagt Sonnenholzner, „sogar wenn es um 0,0 Promille in der Schwangerschaft geht, steht sofort der Brauerbund auf der Matte.“ Das Abgeordnetenpaar diskutiert in München bei einer wissenschaftlichen Konferenz des Bayerischen Bezirktages über die Herausforderungen der bayerischen Drogenpolitik. Die kommunale Ebene der sieben Bezirke ist mit ihren Einrichtungen an insgesamt 40 Standorten zuständig für die Versorgung psychisch Kranker. Und allein rund ein Drittel dieser Patienten leidet nach Auskunft von Josef Mederer (CSU), Präsident des Bezirktages, an Abhängigkeiten von legalen wie illegalen Drogen.

Wenn von Drogentoten die Rede ist, sind nicht die vielen Opfer gemeint, die es mit der bayerischen Lebensart nachhaltig übertrieben haben, sondern diejenigen, die an Heroin, Kokain oder Crack gestorben sind. Mit sehr zurückhaltendem Bedauern sagt CSU-Mann Mederer: „Drogenkonsumräume gibt es in Bayern ja nicht, weder in München noch in Nürnberg.“ Die widersprechen auch vehement der Linie seiner Partei.

Kathrin Sonnenholzner, eine Ärztin, fordert solche Einrichtungen für Süchtige vehement. Die müssten endlich auf den Weg gebracht werden. Es kämen zunehmend stärkere und verunreinigte Substanzen auf den Markt. Da dürfe das sogenannte Drugchecking, also die Möglichkeit, den Stoff vor der Einnahme analysieren zu lassen, kein Tabu mehr sein. Die Anti-Drogenpolitik Bayerns sei angesichts der vielen Toten bisher grandios gescheitert. Es fehle schon an einer aktuellen Datengrundlage. Die Grundsätze der Staatsregierung für Drogen- und Suchtfragen seien zum Beispiel schon zehn Jahre alt.

Starke Zweifel

Bei Drogenkonsumräumen bleibt Seidenath aber hart: „Das ist sicher nicht der richtige Weg.“ Es sei eine ziemlich paradoxe Geschichte, wenn Süchtige ihr Heroin, das sie sich illegal beschafft haben, unter Aufsicht konsumieren können. Er zieht auch die Ansicht in Zweifel, dass sich die Zahl der Drogentoten dadurch verringern lässt: „In manchen deutschen Städten, die so was haben, steigt sie.“ Über einen Teilerfolg im Kampf gegen diese Entwicklung freut sich die SPD-Politikerin Sonnenholzner allerdings. Es war ein zäher Prozess. Vor knapp zwei Jahren bereits hat ihre Partei im Landtag beantragt, die Abgabe von Naloxon an geschulte medizinische Laien — das können im Notfall Mitkonsumenten, Freunde, Angehörige oder Sozialarbeiter sein — zu regeln. Das Mittel kann lebensbedrohliche Wirkungen einer Überdosis zum Beispiel von Heroin, die Haupttodesursache in der Drogenstatistik, innerhalb weniger Minuten aufheben.

Mit der CSU-Mehrheit hat der Landtag nun vor einigen Tagen einem Naloxon-Modellprojekt zugestimmt. Das ist für Sonnenholzner „ein erster Schritt in die richtige Richtung“. Seidenath sagt in München, schon Ende dieses Jahres werde man in Nürnberg und in München mit dem Naloxon-Versuch beginnen. Parteiübergreifend ist auch weitgehend die Hilflosigkeit beider Politiker gegenüber einer bisher noch völlig unberechenbaren Gefahr der Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS), der sogenannten Legal und Herbal Highs, Research Chemicals oder Badesalzdrogen.

Ganz offen im Angebot

Das sind Rauschmittel, die in häufig wechselnden Zusammensetzungen synthetischer Stoffe auf den Markt kommen. Die sind nicht nur verdeckt zu haben, sondern stehen auch offen häufig im Internet zum Verkauf. Die Preise sind moderat.

Noch vor 15 Jahren spielten sie überhaupt keine Rolle. Jetzt steigt die Zahl der NPS-Todesopfer ebenfalls. „Dabei werden sie in der Statistik überhaupt erst seit 2014 erfasst“, sagt in München Professor Norbert Wodarz, Chefarzt des Zentrums für Suchtmedizin am Regensburger Bezirksklinikum. Er nennt Bayern einen Hotspot für dieses vergleichsweise neue Suchtproblem.

Die Nutzer versuchten, mit den Stoffen ihre Stimmung in eine gewünschte Richtung zu verändern. Die entsprechende Wirkung werde, so Wodarz, im Internet werbend vorgestellt: „Da gibt es eine ganze Palette von Emotionen, die man angeblich damit hervorrufen kann.“ Er zeigt Fotos von NPS-Produktionsstätten. Da ist eine Art Betonmischer zu sehen, in den ein Sack Tabak und dann verschiedene chemische Substanzen gekippt werden. Das Ergebnis wird dann in kleine bunte Tütchen verpackt.

Die einfache Verfügbarkeit und die Bezahlbarkeit von NPS sind verhängnisvoll. Denn die Rauschwirkung kann die eines Joints gewaltig übersteigen. Der Wissenschaftler spricht vom Einhundert- bis Eintausendfachen. Die Folgen können Psychosen, Wahnvorstellungen oder eine bizarre Psychomotorik sein.

Norbert Wodarz zeigt ein Video mit einem NPS-Opfer aus den USA, das sich zuckend auf dem Boden wälzt. „Das gibt es bei uns auch“, sagt er, „gelegentlich haben wir das schon häufiger als Alkoholprobleme.“ Und er gibt den Hinweis, dass in Bayern Kiffer, also die Nutzer von Cannabis, konsequenter verfolgt werden als NPS-Konsumenten. Diesen Hinweis greift auf der Tagung ein Bezirksrat aus Niederbayern auf.

Klares Nein zu Cannabis

Der Kommunalpolitiker fragt auf dem Symposium, warum Cannabisraucher immer noch so kriminalisiert werden. Dies sei auch unter dem Aspekt zu überdenken, dass die unter dem Verfolgungsdruck unter Umständen auf NPS umsteigen. Der Gebrauch sei schließlich wegen der wechselnden Zusammensetzung häufig gar nicht nachzuweisen.

Ein „ganz klares Nein zu Cannabis als erlaubtes Freizeitgenussmittel“ kommt von Bernhard Seidenath zum Vorschlag einer Legalisierung, „diese neue Drogenbaustelle wollen wir nicht eröffnen“. Die hirnschädigende Wirkung sei schließlich bekannt. Für ungezügeltten Alkoholgenuss gilt das allerdings auch.

Seine Kollegin Sonnenholzner ist in der Cannabisfrage nachdenklicher. Sie ist gespannt auf Erfahrungen in Kanada. Dort sollen Verkauf und Anbau von Marihuana unter Beachtung bestimmter Regeln erlaubt werden. Begründung: Bisherige Gesetze hätten erbärmlich versagt beim Schutz der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit.